

Zwölf Argumente für die Wahrung der Immerwährenden Neutralität Österreichs

(verfasst um März 2001)

1. **„Die Neutralität ist ein Stück der Identität Österreichs.“** (Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer)

Die immerwährende Neutralität ist das Österreich am stärksten prägende Element nationaler Identität in der Zweiten Republik. Bei einer TAED-Umfrage der Linzer Kirchenzeitung im Jänner 2001 sprachen sich 92 % der Befragten auf die Frage „*Soll Österreich neutral bleiben?*“ für die Beibehaltung der Neutralität aus. Auch in der Entspannungsphase nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges ist die Bewahrung der Immerwährenden Neutralität für die österreichische Bevölkerung noch immer von großer Bedeutung, da sie sich, ähnlich wie in der Schweiz, im Prozess eines sich immer stärker integrierenden Europas als wichtiges nationales Identitäts- und Differenzierungsmerkmal eines Kleinstaates erweist, im Falle dieser beiden Länder gerade auch in positiver Differenz gegenüber dem größten europäischen Staat, der Bundesrepublik Deutschland.

2. **Die der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber erklärte immerwährende (= dauerhafte) Neutralität stellt eine besondere Qualifizierung des völkerrechtlichen und außenpolitischen Verhaltens Österreichs dar.**

Es signalisiert allen Staaten, dass der neutrale Status Österreichs von Dauer, d. h. für die internationale Staatengemeinschaft berechenbar ist und diese darauf vertrauen kann, dass dieser Status sich nicht nach jeweiligen Opportunitätsüberlegungen kurzfristig ändert. Diese langfristige Berechenbarkeit stellt einen gegenseitigen Vertrauensschutz dar. Österreich als immerwährend neutraler Staat garantiert, „**in aller Zukunft** keinen militärischen Bündnissen beizutreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zuzulassen“ (Neutralitätsgesetz) und sich auch nicht an Militäreinsätzen außerhalb seines Territoriums zu beteiligen – ausgenommen im Rahmen von UN- und OSZE-Mandaten.

3. **Immerwährende Neutralität und EU-Mitgliedschaft schließen sich nicht aus.**

Die immerwährende Neutralität ist sicherheitspolitisch ein rein defensives Konzept, d. h. von einem Neutralen geht keine Bedrohung aus. Im europäischen Integrationsprozess stellt die Beschränkung auf ausschließlich defensive Aufgaben in starkem Kontrast zu den Hauptkontrahenten der sogenannten Ost-West-Konfrontation einen Sonderfall dar. Auf dem Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes konnten die neutralen und bündnisfreien Staaten Europas diese Sonderstellung dazu nützen, im sogenannten KSZE-Prozess entscheidend zur Vermittlung zwischen den großen Militärblöcken beizutragen. Auch im Folgeprojekt, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), kommt diesen Staaten weiterhin eine bedeutende Rolle in vielen internationalen Konflikten, vor allem im Bereich von Schlichtung und Verhinderung zu. Diese historische Erfahrung und die gegenwärtige Bedeutung dieser Rolle (Wien wurde bewusst von der internationalen Staatengemeinschaft zu Hauptsitzen der UNO (IAEO, UNIDO) und der OSZE ausgewählt) stellen nachdrücklich unter Beweis, dass die außenpolitische Rolle eines immerwährenden Neutralen nicht passiv (Vorwurf: „*in der Neutralität verhungern*“), sondern im Gegenteil als die internationalen Beziehungen aktiv mitgestaltend gesehen werden muss, ja, eine dynamisch verstandene Neutralitätspolitik ist zu einer aktiven Friedenspolitik geradezu verpflichtet. So verstanden kann die Beibehaltung der Neutralität nicht im Widerspruch zu den Plänen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und einer European Security and Defense Policy (ESDP) stehen. Sie stellt vielmehr ein bereicherndes Element und zusätzliches Instrument in einer sich erweiternden Europäischen Union (EU) dar, „*die nicht ein Staat ist, aber mehr als eine Gruppe von separaten Staaten*“ (wie es der französische

Verteidigungsminister Alain Richard erst kürzlich ausdrückte). Kein EU-Gremium hat weder zum Zeitpunkt des Beitritts noch bisher die Unvereinbarkeit von Neutralität und Bündnisfreiheit mit einer EU-Mitgliedschaft und der Ausformung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik behauptet. Zurzeit sind fünf von fünfzehn EU-Mitgliedsländern (Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Schweden) nicht einmal Mitglieder der Westeuropäischen Union (WEU). Neutralität und Bündnisfreiheit widersprechen daher auch keiner einzigen EU-Vertragsbestimmung. Der außenpolitische Repräsentant der EU, Javier Solana, hat bei seinem Österreich-Besuch im Jänner 2001 unmissverständlich festgestellt, dass Österreich weiterhin über die Beibehaltung seiner immerwährenden Neutralität ausschließlich selbst entscheidet, es also aus Sicht der EU keinen grundsätzlichen Widerspruch zur Ausformung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt, wenn Österreich seine Neutralität beibehält. Auch der russische Staatspräsident Wladimir Putin gesteht Österreich dieses Recht der ausschließlichen Selbstbestimmung zu und spricht sich entschieden für die Beibehaltung der Neutralität aus.

4. Militärische Bündnisfreiheit verlangt nach Ausbau der internationalen Konfliktregelungs-Mechanismen und der zivilen Friedensarbeit.

Da es in der Natur der Sache von Neutralität liegt, nicht einmal eine Annäherung an militärische Bündnisse zu betreiben, muss es im ureigensten Interesse der Neutralen liegen, die vom Völkerrecht entwickelten Mechanismen internationaler Konfliktregelung stärker zu nützen und auszubauen. Das bedeutet für Neutrale und Bündnisfreie ein hohes Engagement für die Stärkung internationaler Organisationen, insbesondere im Bereich der Konfliktprävention und der humanitären Aufgaben vor, in und nach kriegerischen Konflikten. Aktive Neutralitätspolitik ist der Förderung und dem Ausbau der UNO und der OSZE verpflichtet, ebenso wie der Unterstützung der zahlreichen nationalen und internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die in Gestalt von Friedensdiensten, Versöhnungsinitiativen, zivilem Konfliktmanagement, bilateraler und internationaler Entwicklungszusammenarbeit etc. auf diesem Gebiet professionelle Friedensarbeit leisten. Dieses außenpolitische Engagement erfordert auch die Bereitstellung höherer finanzieller Mittel für die Reform und den Ausbau dieser Organisationen. Dadurch würde sich Österreich zu einer „*humanitären Großmacht*“ entwickeln und damit glaubhaft dem Vorwurf entgegentreten, nicht genügend zu einem sicherheitspolitischen *burden sharing* und einer europäischen Solidar-gemeinschaft beizutragen (sogenanntes Trittbrettfahrer-Argument - s. auch Punkt. 11).

5. Neutralität eignet sich geradezu idealtypisch für sogenannte Vermittler-Dienste.

In allen nationalen und internationalen Konflikten kommt neutralen Staaten bzw. Personen und Organisationen aus neutralen Staaten und Institutionen im Rahmen von Friedensgesprächen und Initiativen für vertrauensbildende Maßnahmen, für Führungsaufgaben in internationalen Organisationen, bei internationalen Gerichten, im Bereich internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, bei der Überwachung und Kontrolle von Abkommen, für Initiativen im Bereich des Gefangenen-Austausches etc. eine große Bedeutung zu. Durch dieses Engagement als Vermittler sichert sich der Neutrale ein hohes Maß an internationaler Anerkennung. Er trägt damit maßgeblich zu inter-nationaler Entspannung und Demilitarisierung bei und erhöht somit seine eigene Sicherheit mehr als durch militärische Anstrengungen (s. auch sog. Brunner-Bericht des Eidgenössischen Militärdepartments).

6. Ideologische Positionen und Konflikte bestimmen das zukünftige Profil einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Für die Ausformung und Profilierung einer sogenannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Allgemeinen und einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) im Besonderen ist die Gestaltung der zukünftigen trans-

atlantischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung. Während vor allem konservative Kräfte in nahezu allen Staaten Europas auf eine enge Kooperation mit den USA im Rahmen der NATO unter der weiterhin unbestrittenen Führung der USA setzen (s. „*Die USA und Europa am Beginn einer neuen Präsidentschaft. Memorandum zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen*“ der Konrad-Adenauer-Stiftung), vertreten liberale, sozialdemokratische und grün-alternative Parteien viel stärker das Postulat einer europäischen Emanzipation. Das bedeutet eine verstärkte Entwicklung der EU zu einem zumindest ebenbürtigen Partner innerhalb des transatlantischen Bündnisses bis hin zu einer sicherheitspolitischen Autonomie Europas. Mit einer solchen Zielsetzung sind eine Stärkung und der Ausbau internationaler Organisationen auf europäischer und internationaler Ebene und die Einbindung von zivilen Initiativen und Organisationen (Stichwort: *Demokratie von unten*) verbunden – Anliegen, die bereits jetzt ein vitales Interesse der neutralen und bündnisfreien Staaten Europas darstellen. In einem solchen Konzept haben diese Staaten weiterhin ihren Platz, sie gewinnen sogar an Bedeutung.

- 7. Neutralität u. Bündnisfreiheit haben Modellcharakter für osteuropäische Staaten.**
Gerade für die jungen Demokratien in Ost- und Südosteuropa stellt das völkerrechtliche Institut der Neutralität und Bündnisfreiheit nicht nur ein nachahmenswertes Modell, sondern auch eine echte Alternative zu einer NATO-Option (Stichwort: *NATO-Osterweiterung*) dar. Neutralität unterstützt nämlich in wesentlich höherem Maße die Fortsetzung der nach Beendigung des Kalten Krieges eingetretenen Phase einer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, da die gerade von konservativen Kräften massiv propagierte Politik der NATO-Osterweiterung bis unmittelbar an die Grenzen der Russischen Föderation auf eine neue Konfrontation zusteuert. Zudem entspricht das Modell der Bündnisfreiheit bzw. Neutralität in weitaus höherem Maß den ökonomischen Strukturen dieser Länder. So konnte sich auch das Nachkriegs-Österreich u. a. aufgrund seiner vergleichsweise niedrigen Militärausgaben von einem der ärmsten zu einem der prosperierendsten Länder Europas entwickeln.
- 8. Neutralität und Bündnisfreiheit sind eine echte Alternative zu neuem Wettrüsten.**
Der Fortbestand der bereits integrierten sowie die Neueinbindung von weiteren bündnisfreien und neutralen Staaten in die EU – man denke dabei neben osteuropäischen Staaten auch an die nach einem Beitritt in jedem Fall neutral bleibende Schweiz – ist ein vertrauensbildender Gegenentwurf zu einem hochgerüsteten homogenen europäischen Militärbündnis, das nach der „NATO-neu“-Konzeption als deutlich verstärkter europäischer Flügel der nordatlantischen Allianz vorgesehen ist. Eine so starke, geschlossene europäisch-amerikanische Offensivstreitmacht mit seinen nunmehr explizit eingeplanten Out of Area-Einsätzen auch ohne UN-Mandat und seinen *Rapid Deployment Forces* in Kombination mit einer neuen Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (sog. *NMD - National Missile Defense*) impliziert nicht nur ein permanentes Bedrohungsszenario gegenüber Russland, China, den Ländern des Mittelmeerraums, des Nahen Ostens und der sogenannten Dritten Welt, sondern forciert zwangsläufig neue Formen des Wettrüstens. Sie erhöht auch die Gefahr des politischen Terrorismus als Gegenreaktion und führt über kurz oder lang zu neuen Kriegen.
- 9. Es ist nicht auszuschließen, dass Österreich wieder Krieg führt.**
Für den Fall, dass Österreich seine Neutralität preisgibt, müsste es sich aktiv innerhalb eines europäischen oder europäisch-amerikanischen Militärbündnisses an internationalen Kampfeinsätzen auch ohne ein UN- bzw. OSZE-Mandat beteiligen. Österreicher würden nach über 50 Jahren Friedenszeit wieder als Soldaten in Kriege ziehen, als Feinde betrachtet und behandelt werden, mit all den negativen Folgen auch für die österreichische Zivilbevölkerung (massive Einschränkungen der Handels- und Reisefreiheit, Gefahr von Geiselnahmen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden etc.).

10. **Österreich ist auch ohne NATO sicher.**

Ganz abgesehen davon, dass im Moment bei der derzeitigen Zusammensetzung der österreichischen Bundesregierung ein NATO-Beitritt von den USA und vielen anderen Staaten ohnehin nicht akzeptiert würde, ist die Sicherheit Österreichs auch ohne Integration in ein Militärbündnis ausreichend gewährleistet. Sie ist im Gegenteil sogar höher, weil Österreich sich nicht an *Out of Area-Einsätzen* beteiligen müsste. Jeder Staat innerhalb der EU, unabhängig davon, ob er Mitglied in einem Militärbündnis ist oder nicht, genießt bereits heute den größtmöglichen Schutz und ein Maximum an Sicherheit bei gleichzeitiger Abwesenheit von jedweder militärischen Bedrohung. Das neutrale Österreich ist von keinem Land der Welt bedroht, und auch von keinem seiner Nachbarstaaten wird auch in ferner Zukunft eine Bedrohung für Österreich ausgehen. Der europäische Integrationsprozess wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten so weit fortgeschritten sein, dass innerhalb Europas zwischen den Mitgliedsländern keinerlei Bedrohungspotential mehr auszumachen sein wird. In dieser sicherheits-politischen Nische kann Österreich während dieses Einigungsprozesses gerade seine neutrale Position nützen, um dazu beizutragen, dass militärische Konfliktaustragung europa- und weltweit immer mehr durch zivile Formen der Konfliktlösung ersetzt wird.

11. **Der Vorwurf des Trittbrett-Fahrens, d.h. des mangelnden Beitrags zur kollektiven europäischen Sicherheit ist doppelt unsinnig, weil in sich widersprüchlich:**

- a) Es wird vor allem vonseiten der ÖVP behauptet, ein Beitritt zu einem Militärbündnis verursache weniger Kosten als die Beibehaltung der Neutralität. Dieses Argument, offensichtlich als Lockmittel für einen Beitritt zur NATO gedacht, ist irreführend, da nicht einzusehen ist, dass bei einer NATO-Mitgliedschaft nicht volles *burden sharing* angesagt ist. Nach dem jüngsten Aufrüstungs-Beschluss der US-Regierung und dem damit verbundenen starken Druck auf die europäischen Partner, ihre Militärausgaben substanziell zu erhöhen, würde das für das neue NATO-Mitglied Österreich eine wesentliche Steigerung, jedenfalls aber zumindest eine Verdoppelung der bisherigen Militärausgaben bedeuten. Alles andere wäre dann nicht nur unfair, sondern würde auch den Vorwurf des Trittbrett-Fahrens Österreichs in umgekehrter Hinsicht rechtfertigen.
- b) Da sich neutrale und blockfreie Staaten innerhalb der EU in der Tat indirekt unter dem Schutzschild eines Militärbündnisses und auch militärisch potenter Nachbarstaaten befinden, kann dem Vorwurf eines mangelnden *burden sharing* bzw. eines fehlenden Solidaritätsbewusstseins dadurch glaubhaft entgegengewirkt werden, dass sich diese Staaten gerade im Bereich von humanitären Missionen und Friedensinitiativen überdurchschnittlich engagieren und somit ihr hohes finanzielles Manko ausgleichen. Langfristig können sie so einen wichtigeren Beitrag zu Stabilität und Frieden in Europa leisten als durch ein erhöhtes militärisches Engagement.

12. **Langfristiges Ziel jeder Neutralitätspolitik muss der Ausstieg aus der Militärlogik sein.**

Da von Neutralen keinerlei Bedrohung ausgeht, besteht auch bei ihnen die geringste Gefahr, selbst bedroht zu werden. Da dies im Falle immerwährender Neutralität der internationalen Staatengemeinschaft über lange Zeiträume glaubwürdig vermittelt werden kann, ist damit sogar ein entscheidender Ausstieg aus der jahrhundertlang vorherrschenden Militärlogik von Bedrohung und Abschreckung, von Aufrüstung und Kriegen, die gerade in Europa immer wieder zu verheerenden Katastrophen geführt haben, auf lange Sicht möglich und unbedingt anzustreben.

Literaturhinweise:

Karl A. Kumpfmüller, Neutralität und Bündnisfreiheit: Auf dem Weg zu militärfreien Friedens-zonen, in: Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen, hrsg. von Thomas Greven und Oliver Jarasch, edition suhrkamp, Frankfurt am Main 1999

Ekkehart Krippendorff: Über Neutralität, in: Kritik der Außenpolitik, edition suhrkamp, Frankfurt am Main 2000